

Hans Weichlein, Veckerhäger Str. 96, 34346 Hann. Münden

Hans Weichlein, Veckerhäger Str. 96, 34346 Hann. Münden

Frau Dr. Angela Merkel
Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Platz der Republik 1

11011 Berlin

24.10.2006

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin,

mit der Wahl der ersten Frau in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zur Kanzlerin habe nicht nur ich große Hoffnungen verbunden, und nicht nur ich muss nach relativ kurzer Zeit feststellen, dass diese Hoffnungen zerplatzt sind wie Seifenblasen. Ich weiß, dass es schwer ist, auf die Stimmen des politischen Gegners angewiesen zu sein, ich weiß auch, dass es die Sache nicht erleichtert, mit ehrgeizigen Landesfürsten aus der eigenen Partei leben und regieren zu müssen. Trotzdem erfährt das immer kleiner werdende Volk der Wahlwilligen jeden Tag, dass es seiner Bundeskanzlerin an Mut und Durchsetzungsvermögen fehlt, dass sie nicht in der Lage ist, verkrustete Strukturen aufzubrechen und wirkliche Reformen auf den Weg zu bringen und dass sie vor Wirtschafts- und Interessenverbänden kapituliert hat.

Wie bei der Vorgängerregierung erleben wir nur Flickwerk. Bei der "Reform" der Krankenversicherung wird lediglich darüber nachgedacht, wo man die Versicherten - nach Möglichkeit die Armen und die Rentner - weiter zur Ader lassen kann, denn die leben ohnehin zum Teil am Rande des Existenzminimums, da kommt es auf ein oder zwei Prozent weniger auch nicht mehr an. Wozu brauchen wir 280 Krankenkassen? Wofür werden die zahlreichen Geschäftsführer, Niederlassungsleiter und Präsidenten dieser Kassen mit zum Teil fürstlichen Gehältern bedacht, für die der Beitragszahler aufzukommen hat? Und sei es über die Erhöhung der Eintrittsgelder in die Arztpraxen (Zuzahlung genannt). Dafür werden die Arbeitgeber immer weiter entlastet, immer reicher und schaffen trotzdem nicht einen einzigen der als Gegenleistung versprochenen neuen Arbeitsplätze. Dafür werden täglich welche abgebaut und - staatlich subventioniert - ins Ausland verlagert.

Renten werden über Jahre eingefroren, Arbeitsplätze durch Hartz 4 vernichtet, die Empfänger des von einem unredlichen VW-Manager erfundenen Almosensystems in die Armut getrieben und auf Dauer vom Arbeitsmarkt abgekoppelt. Steuern und Abgaben werden nach Gutdünken erhöht, Leistungen gekürzt und neue Belastungen für die Bürger erfunden, wenn es den durch ihren Amtseid verpflichteten Regierenden notwendig erscheint. Da macht es doch nichts, wenn der Bundestag mit seinen über 600 Multi-Aufsichtsratsmitgliedern, Beratern und Freiberuflern - im Volksmund Abgeordnete genannt - hinter verschlossenen Türen darüber berät, ob die Erhöhung der Wahlkampfkostenerstattung für die Parteien fünf oder zehn Prozent betragen soll, und keiner schämt sich dafür. Diese Kostenerstattung müsste völlig gestrichen werden, denn Wahlkampf ist out, mit Plakaten und Sonntagsreden erreicht niemand mehr auch nur einen Wähler, wozu also Geld ausgeben?

Das **politische Tagesgeschäft** ist Wahlkampf, das Ergebnis dieses Wahlkampfes sind immer größere Politikverdrossenheit, Wahlmüdigkeit und tiefe Resignation, und das wird sich nicht ändern, so lange sich die Politik nicht ändert. Die etablierten Parteien treiben immer mehr Menschen in die vornehmlich rechtsradikale Ecke, und das brauchen wir ganz bestimmt in Deutschland nicht noch einmal. Hier spielt allerdings auch die Asylpolitik eine unrühmliche Rolle - wir bekämpfen an allen Ecken und Enden der Welt islamische Fundamentalisten, Terroristen und Selbstmordattentäter, verteidigen das Vaterland am Hindukusch, verfolgen Waffenhändler vor der libanesischen Küste und bewaffnete Piraten in den Gewässern vor dem Sudan. Wenn den Gefolgsleuten eines Osama bin Laden dann der Boden in diesen bundeswehrüberwachten Gebieten zu heiß wird, bekommen sie Asyl in der Bundesrepublik und können ihren Geschäften wesentlich ungestörter nachgehen als vorher.

Bedenklich bei dieser Geschichte ist vor allem, dass die Bundesrepublik dem Libanon ihren selbstlosen Schutz wochenlang aufdrängen und knallharte Bedingungen erfüllen mußte, um diese Beschützerrolle übernehmen zu dürfen.

Es gäbe noch viel mehr zur mittlerweile hoffnungslosen Situation der Bundesrepublik zu schreiben, ich möchte Sie jedoch mit einem typischen Beispiel für den Zustand unseres durch exzessiven Föderalismus = Feudalherrschaft vor dem völligen Ruin stehenden Landes bekannt machen - dem eigentlichen Auslöser dieses Briefes.

Ihr Parteifreund, der Hessische Ministerpräsident Roland Koch, betreibt ebenso rücksichtslos wie unsinnig den Neubau eines Flughafens im Nordhessischen Calden. Mit diesem Projekt und seinen Begleiterscheinungen will ich Sie nicht langweilen, wohl aber mit dem im Zusammenhang damit diskutierten Fluglärm und den seltsamen Begleiterscheinungen in Berlin und Wiesbaden. Hierzu zitiere ich aus Pressemitteilungen des Bürgermeisters der Stadt Raunheim, Thomas Jühe "Gesetz aus der Feder der Luftverkehrslobby", der Bürgerinitiative Hann. Münden gegen den Ausbau des Flughafens Kassel-Calden e.V. "Genehmigt FRAPORT Calden?" und einem Schreiben des Luftfahrtsachverständigen Berthold Fuld an den Redakteur der Sendung Monitor, Ralph Hötte.

"Gesetz aus der Feder der Luftverkehrslobby"

Lobbyisten der Luftverkehrswirtschaft sitzen im Bundesverkehrsministerium

"Die Sendung des Politmagazins "Monitor" am 19.10.2006 offenbarte, was bisher nur zu vermuten war: Lobbyisten der Luftverkehrswirtschaft "arbeiten" im Bundesverkehrsministerium und nehmen dort offenkundig Einfluß auf die Gestaltung eines Gesetzes, das den Anspruch erhebt, die Menschen vor dem schädlichen Fluglärm in der Umgebung von Flugplätzen besser zu schützen.

Monitor stützt sich in seiner Berichterstattung auf eine parlamentarische Anfrage des Bundestagsabgeordneten Roland Claus. In der Beantwortung seiner Anfrage nach Beschäftigung von Luftverkehrslobbyisten im Bundesverkehrsministerium werden u.a. folgende Unternehmen genannt: Fraport AG, Flughafen Köln/Bonn GmbH., Deutsche Flugsicherung, Deutscher AERO-Club e.V.

Nach Auskunft des Ministeriums werden diese "Beschäftigten" von ihren Entsendestellen, also den Luftverkehrsunternehmen, bezahlt. Sie arbeiten an *"aktuellen Themenstellungen mit, die im Zusammenhang mit (...) luftrechtlichen Fragestellungen stehen"*. Die wesentliche "aktuelle Themenstellung", in deren Zusammenhang "luftverkehrsrechtliche Fragestellungen" zu klären sind, stellt die Arbeit am neuen Fluglärmenschutzgesetz dar.

Offen bekennt der ehemalige Staatssekretär im Bundesumweltministerium, Baake, dass das Bundesverkehrsministerium auf den vom Bundesumweltministerium erarbeiteten Gesetz--entwurf massiv Einfluß genommen und ihn maßgeblich zugunsten der Luftverkehrswirtschaft verändert habe. Diese Einschätzung eines Insiders deckt sich völlig mit den Erfahrungen der Vertreter der deutschen Fluglärmkommissionen und der Lärmschutzverbände. Fortlaufend wurde der Entwurf den Vorstellungen der Luftverkehrswirtschaft weiter angepaßt. Vertreter der Luftverkehrswirtschaft wurden sogar noch während der Beratung des Gesetzentwurfes durch die Koalitionsfraktionen dazu eingeladen, dem Bundesumweltministerium "Formulie--rungshilfen" zu geben.

Was nun noch in diesem Jahr beschlossen werden soll, ist ein Gesetz, das den Fluglärm (und damit die Luftverkehrswirtschaft) vor den Bürgern schützt, nicht umgekehrt.

Es ist ein Skandal, dass ein sorgfältiges Abwägen von Interessen dadurch unterlaufen wird, dass die Lobbyisten der Großunternehmen die vom Bundestag zu beschließenden Gesetze selbst mit gestalten.

Die eingetretene Situation macht einen sofortigen Stopp der Beratung des Gesetzentwurfes im Deutschen Bundestag erforderlich.

Zunächst muß schonungslos aufgeklärt werden, welchen Veränderungen der Gesetzentwurf seit seiner Ausgestaltung durch das Bundesumweltministerium ausgesetzt war und wie diese begründet sind. Würde dieses Gesetz so wie derzeit zwischen den Koalitionsfraktionen unter direkter Beteiligung der Luftverkehrslobby verabschiedet, dann muss man sich ernsthaft fragen, wer in diesem Land über das Wohl der Allgemeinheit bestimmt". Zitatende.

Meine Frage hierzu lautet: Wenn Bundestagsabgeordnete sich per Eid verpflichten, "dem Volke zu dienen und Schaden von ihm abzuwenden", warum tun sie dann prinzipiell das Gegenteil? Sie dienen ausschließlich dem eigenen und dem Profit der Wirtschaftsunternehmen und schaden ganz bewußt dem "Volke". Warum ist z.B. niemand an den Beratungen des Fluglärmgesetzes beteiligt, der Fachkompetenz statt finanzielle Interessen vorweist? Wo sind die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Fluglärmkommissionen, wo die Fachleute der Bundesvereinigung gegen Fluglärm, wo die betroffenen Flughafenrainer? Glaubt jemand ernsthaft, das Lärmschutzgesetz sei das einzige, bei dem so verfahren wird? Glaubt jemand ernsthaft, es sei ein dummer Zufall, dass zehn Prozent der Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland über fünfzig Prozent der Vermögenswerte verfügen? Glaubt jemand ernsthaft, das liege daran, dass die Gesetzte für das "Volk" gemacht werden? Glauben Sie das selbst, Frau Bundeskanzlerin?

"Genehmigt FRAPORT Calden?"

Wer den Entwurf für das neue Fluglärmschutzgesetz liest und die geplante Erweiterung des Frankfurter Flughafens auch nur im Ansatz kennt, dem springt in die Augen: Das wird eine Lex FRAPORT. MONITOR hat jetzt aufgedeckt, wie das funktioniert. Die Bundesregierung lässt einen von der FRAPORT AG bezahlten Mitarbeiter im Verkehrsministerium die Gesetzgebung vorbereiten.

Die Gewaltenteilung als Fundament der Demokratie ist nicht nur aufgeweicht, sie ist in der Praxis schon lange außer Kraft gesetzt. In Hessen z.B. greift die Luftverkehrswirtschaft in die Planfeststellung der Flughäfen und die Kontrolle der Lärmbelastung ein. Zwei FRAPORT-Angestellte, die als "Leihmitarbeiter" für das Hessische Verkehrsministerium arbeiten, können auch auf die Planfeststellung für den Neubau des Regionalflughafens Calden Einfluß nehmen. Die Landesregierung findet es offenbar völlig in Ordnung, wenn Angestellte des

Unternehmens, das mit mehr Lärm auch mehr Geld verdient, auf die Genehmigung von Flughäfen und die Kontrolle des Fluglärms Einfluss nehmen. Diesen Weg geht Ministerpräsident Roland Koch jetzt konsequent weiter. Er hat bei einer IHK-Veranstaltung erklärt, er wolle für Flughafenplanungen eine geringere Kontrolle durch Gerichte, es genüge, dass die Politik diese Planungen befürworte. **Hurra, das Volk ist der Souverän !!!** (Auf Sumatra und Borneo).

Muss man sich da noch wundern, wenn die Bürger so politikverdrossen sind, dass die Wahlbeteiligung bei nur noch vierzig Prozent liegt? Dabei ist die Wahlurne der einzige Platz, an dem in der Bundesrepublik Deutschland noch Demokratie stattfindet. Bei uns darf der Bürger - noch - selbst entscheiden, ob er zur Wahl geht oder nicht - es lebe die Demokratie, auch wenn sie am Wahltag spätestens um 18.00 Uhr beerdigt wird. Schließlich gibt es Menschen, die wohnen in Ländern mit Wahlpflicht, die müssen wählen, können sich dafür allerdings die Beerdigung sparen". Zitatende.

"Lobbyismus"

Brief des Luftfahrtsachverständigen Berthold Fuld an den Monitor-Redakteur Ralph Hoette

"Sehr geehrter Herr Hoette,

in der Monitorsendung am 19.10.2006 haben Sie über die Tätigkeit von Mitarbeitern privater Firmen und Verbände in Ministerien berichtet.

Tatsächlich ist die Verzahnung von Verwaltung und Wirtschaft gerade im Bereich der Luftfahrt noch viel enger. Dies geht so weit, dass das Verkehrsministerium aktiv an der Gründung eines Lobbyverbandes mitwirkte und von diesem Pläne erarbeiten ließ, die es dann einfach übernahm.

Konkret handelt es sich hier um die Gründung der Initiative Luftverkehr für Deutschland, die von Fraport, Flughafen München, Lufthansa und Deutsche Flugsicherung unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gebildet wurde. Über ihre Ziele und Aktivitäten können Sie sich unter www.initiative-Luftverkehr.de informieren. Bemerkenswert ist, dass es sich hier keineswegs um eine Initiative der gesamten Luftverkehrswirtschaft handelt, sondern um Akteure, die vor allem an einem Beibehalt und der Weiterentwicklung des derzeit exzessiv betriebenen Konzepts eines auf die Drehkreuze konzentrierten Luftverkehrs interessiert sind. Alternative, vielleicht bessere Konzepte mit einem größeren Angebot an Direktverbindungen auch von kleineren Flughäfen als Frankfurt oder München aus oder der gezielte Bau neuer Flughäfen in dünn besiedelten Gebieten bleiben unberücksichtigt.

Obwohl ein solcher Verband, der nur einen Teil der Akteure und die Betroffenen überhaupt nicht einbezieht, sicherlich kaum für sich in Anspruch nehmen kann, besonders berücksichtigt werden zu müssen, orientiert sich die Bundesregierung weitgehend an seinen Vorschlägen. Aus dem Koalitionsvertrag S. 56: "Wir unterstützen die Initiative der Luftverkehrswirtschaft "Luftverkehr für Deutschland". Der Masterplan zur Entwicklung der Flughafeninfrastruktur bleibt dabei Grundlage für die weitere Arbeit von Bund, Ländern und Luftverkehrswirtschaft". Zitatunterbrechung.

Die Bundesregierung unterstützt also eindeutig die Initiative der Luftverkehrswirtschaft. Sollte sie darüber die vielen Initiativen der betroffenen und geschädigten Bürger übersehen haben, die um ihr Recht auf Unversehrtheit und Entfaltung ihrer Persönlichkeit kämpfen, deren Kinder in Flughafennähe so enormen nächtlichen Spitzenlärmpegeln ausgesetzt werden, dass sie unter Angst- und Erschöpfungszuständen sowie Lernbehinderungen leiden müssen. Wer hilft denen, die ihre Schlafzimmer zum Teil in unterirdische, eigens gebaute

Bunker verlegen müssen? Wer unterstützt diese Menschen? Wer schützt sie vor Politikerwillkür und Profitgier, vor offensichtlichem Filz und Kungelei? Wenn ich es mir genau überlege, würde es die Akteure auf der politischen Bühne kaum stören, wenn irgendwann einmal nicht nur fünfzig Prozent der Bürger die Wahlurne meiden würden, sondern so zwischen fünfundachtzig und neunzig Prozent. Dann wären die zehn Prozent Vermögenden (Profiteure) und ihre Förderer, die Politiker unter sich. Letztere brauchten sich dann nur noch selbst zu wählen, den Rest machen die Wirtschaftsverbände.

Weiter im Zitat:

"Der Masterplan ist ein Plan der Initiative Luftverkehr - statt selbst in einem Verfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung, die nach EU-Recht erforderlich wäre, einen Plan zu erarbeiten, übernimmt die Bundesregierung unverändert den Entwurf eines Lobbyverbandes, ohne dass andere Betroffene auch nur ansatzweise die Möglichkeit hätten, sich hier wirksam zu äußern. Hier wird die Gestaltung von Politik in einer sehr fragwürdigen Weise an die interessierte Wirtschaft delegiert.

Es ist allgemein bekannt, dass der Bau oder Ausbau von Flughäfen Lärmkonflikte auslöst, die bewältigt werden müssen. Lärmschutz kommt in diesem Masterplan jedoch überhaupt nicht vor. Statt Lärminderung strebt die Initiative weitgehenden Verzicht auf Lärmschutz an - mit Forderungen nach einem Fluglärmschutzgesetz, das aktiven Schallschutz nicht berücksichtigt und Grenzwerte weit oberhalb der Werte vorsieht, die nach dem Vorsorgegebot zum Schutz der Gesundheit notwendig wären. Die Werte, die jetzt diskutiert werden, liegen vor allem für Bestandsflughäfen auch deutlich oberhalb der Werte in den Niederlanden und der Schweiz - die Initiative strebt also auch unlauteren Wettbewerb zu Nachbarländern an. Wir halten dies für einen Mißstand, der es u.E. durchaus verdient, gelegentlich in einer Sendung Ihres Magazins, vielleicht auch im Zusammenhang mit dem Fluglärmschutzgesetz, thematisiert zu werden". Zitatende.

Sehr verehrte Frau Bundeskanzlerin,

ich habe durchaus den Eindruck, dass Sie ihr Amt mit den besten Absichten angetreten haben, dass Sie mit dem Ergebnis ihrer bisherigen Arbeit jedoch keinesfalls zufrieden sein können. Der von Helmut Kohl eingeleitete Niedergang der einstmal blühenden Republik und der von Gerhard Schröder konsequent fortgesetzte Umverteilungskurs sind zu Automatismen geworden. Die Ursachen für den dramatischen Wandel sind vielfältig und lassen sich hier nicht umfassend darstellen. Ich empfehle Ihnen, Ihren Kabinettsmitgliedern und den Bundestagsabgeordneten die Lektüre einiger Bücher, die die Ursachen für die Wandlung vom einstigen Wirtschaftswunderland zum Land der "Neuen Armut" treffend schildern:

"Das Kartell der Kassierer" und "Nieten im Nadelstreifen" von Günther Ogger
"Der Deutschland-Clan" von Jürgen Roth

In einem Leserbrief an eine hiesige Tageszeitung bezeichnete ein Leser die in diesen Büchern geschilderten politisch-wirtschaftlichen Verflechtungen als "Kartell aus Politik, Banken, Industrie und Justiz mit Mafia-Strukturen". Das ist wohl kaum ein Kompliment an die Politik Ihrer Regierung und sollte Anlaß sein, schnellstens über einen Kurswechsel nachzudenken. Gehen Sie auf Entdeckungsreise, entdecken Sie, was Sie und alle anderen Politiker längst vergessen haben: **Das Volk!** Das Volk, dem zu dienen Sie geschworen haben. Wollen Sie Ihren Schwur zu einem Meineid werden lassen? Noch will ich es nicht glauben, aber es fällt mir immer schwerer.

Mit freundlichen Grüßen
Hans Weichlein